



Auch so kann Protest in Corona-Zeiten aussehen: Aktivist*innen von Fridays for Future legen Plakate auf der Wiese vor dem Reichstag aus. Foto: Compact CC BY-NC 2.0

Ausnahmezustand für die Demokratie

Gebt uns unser altes Leben zurück! Das fordern Corona-Skeptiker*innen mit ihren Protesten. Dabei müssen wir gerade jetzt für einen grundlegenden Wandel streiten



Gabriele Bischoff
Geschäftsführerin
der Bewegungsstiftung

Offiziell wurde der Notstand in Deutschland nicht ausgerufen. Gleichwohl leben wir seit Mitte März in einem Ausnahmezustand. Auf allen politischen Ebenen wurden Maßnahmen erlassen, die tief in die Grundrechte eingreifen. Erstaunlich lang hielt der gesellschaftliche Konsens. Doch mit den ersten Lockerungen, die vor allem auf Druck der Wirtschaft erfolgten, erleben wir einen Protest, der deutlich zeigt: Einige Bürger*innen, die scheinbar selten das Demonstrationsrecht in Anspruch nehmen, haben kein Vertrauen mehr zu den politischen Entscheidungsträger*innen. Die von wissenschaftlichen Aussagen begleiteten Maßnahmen erscheinen ihnen nicht schlüssig, so dass sie lieber Verschwörungstheorien anhängen.

Eigentlich sind die Anliegen der Skeptiker*innen klassisch linke Themen: das Wahren der Grundrechte, eine durch Lobbygruppen, wie die Pharmaindustrie korrumpierte Politik und eine Staatsgewalt, die zu viel die Falschen überwacht. Doch sind diese Menschen mit logischen Argumenten kaum noch zu erreichen. Zu subtil weisen ihre führenden Köpfe auf vermeintliche Zusammenhänge hin, die längst widerlegt wurden.

Denn die Angst der Corona-Skeptiker*innen vor wirtschaftlichen Einbußen, die Angst vor dem Verlust der erreichten Konsumfreiheiten wie Flug- und Schiffsreisen – sie sind greifbar geworden durch ein Virus, das keinen Unterschied macht. Sie glauben, es treffe nur diejenigen, die wegen „selbstverschuldeter“ Zivilisationskrankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck die Solidargemeinschaft über Gebühr beanspruchen – irgendwer muss doch Schuld haben.

Mit diesen besorgniserregenden Gedanken verlassen die Demonstrierenden den Boden

des Grundgesetzes, das sie vermeintlich verteidigen. Das Heilsversprechen des Kapitalismus, dass jeder seines Glückes Schmied sei, gilt nicht mehr – auch nicht für diejenigen, die bisher gut für sich sorgen konnten.

Das soll nicht heißen, dass Widerspruch in Corona-Zeiten unterbleiben sollte. Im Gegenteil: Wir brauchen dringend friedlichen und verantwortungsvollen Protest und die kritische Einmischung der Zivilgesellschaft, damit Klimaschutz und Menschenrechte bei Wirtschaftshilfen berücksichtigt werden, damit sich die Zustände im Gesundheitssystem verbessern, damit wir einer Verkehrs- und Agrarwende näher kommen und damit nicht die Ärmsten die Kosten dieser Krise bezahlen müssen.

Deshalb: Lasst uns über die Grundsätze der Bewegungsstiftung sprechen. Denn wenn wir sozialen Wandel voranbringen wollen, brauchen wir mehr Menschenrechte, mehr Demokratie, mehr Ökologie, mehr Frieden und mehr soziale Gerechtigkeit. Diese Grundsätze bauen aufeinander auf und sind miteinander verschränkt. Wir wissen: Es bedarf Impulse sozialer Bewegungen, Verhandlungen und Transparenz bei politischen Entscheidungen.

Dieser dynamische Prozess durch Aktionen, Überprüfen der Handlungen und steuernde Änderungen sind notwendig, wenn wir möglichst viele in einer Gesellschaft mitnehmen wollen. Demokratie ist ein immerwährender Prozess, der täglich ausgehandelt werden muss. Angst hingegen ist ein schlechter Ratgeber. Stärken wir die Menschen, die sich gemeinsam und solidarisch für sozialen Wandel einsetzen.

Termine

Antragsschluss Strategieberatung und Einmischungstopf
4. August

Antragsschluss Kampagnenförderung und Starthilfe
1. September

Beirat der Stifter*innen
9.-11. Oktober in Köln oder als Online-Konferenz

Solidarität muss für alle gelten

Gastbeitrag von Milena Peitzmann von unserem Förderprojekt Seebrücke, das mit der Kampagne #LeaveNoOneBehind gegen die europäische Abschottungspolitik und für eine Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern streitet



Lasst niemanden zurück! Die Forderung der Kampagne ist sowohl im Netz als auch im öffentlichen Raum unübersehbar.

Foto: Nora Börding/Seebrücke CC BY 2.0

Fußspuren aus Kreide, symbolisch abgestellte Schuhe, Banner an öffentlichen Gebäuden und #LeaveNoOneBehind-Plakate hinter tausenden Fensterscheiben: Die Forderung „Lasst niemanden zurück“ ist sowohl im Netz als auch im öffentlichen Raum unübersehbar.

Als Seebrücke-Bewegung kämpfen wir gegen die europäische Abschottungspolitik und die Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen. Schätzungsweise über 40.000 geflüchtete Menschen sitzen unter widrigsten Bedingungen auf den griechischen Inseln fest. In überfüllten Lagern müssen sie in Zelten und selbstgebauten Verschlägen ausharren. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie waren die Lager menschenunwürdige Orte. Laut Ärzte ohne Grenzen teilen sich im größten Camp Moria 250 Menschen eine Dusche. Für die gesundheitliche Versorgung aller Menschen stehen vier Ärzt:innen bereit. Sobald das Corona-Virus die Lager erreicht, sind ihm die dort lebenden Menschen schutzlos ausgeliefert. Der empfohlene Mindestabstand und die Hygienevorschriften können unmöglich eingehalten werden. Die einzige logische Konsequenz dieser Zustände kann nur die Evakuierung aller

Menschen aus den Camps und Lagern an den europäischen Außengrenzen sein.

In Deutschland haben sich bereits über 150 Städte und Kommunen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie zeigen sich seit Monaten aufnahmebereit und wollen Verantwortung übernehmen. Gleichwohl blockiert und verzögert die Bundesregierung die Aufnahme von Schutzsuchenden immer wieder. Nach monatelangen Diskussionen hat Deutschland im April 2020 lediglich 47 Kinder aus Moria aufgenommen, wenige hundert weitere sollen folgen. Die Unverhältnismäßigkeit dieses Handelns ist offensichtlich und beschämend. Die durchgeführte Evakuierung ist nicht mehr als Symbolpolitik und ändert nichts an den Lebensbedingungen vor Ort. Alle Menschen müssen aus den griechischen Lagern evakuiert und die Abschottungspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten beendet werden.

Protest in Zeiten von Corona ist anders – aber möglich

Die Kampagne #LeaveNoOneBehind trägt dazu bei, dass die Situation an den EU-Außen-

grenzen neben Corona nicht in Vergessenheit gerät: Die Corona-Krise trifft nicht alle Menschen gleich. Sie trifft besonders jene hart, die es ohnehin schon schwer haben, wie Geflüchtete an den EU-Außengrenzen. #LeaveNoOneBehind appelliert an Verantwortungsgefühl und Solidarität.

Die Kampagne ging durch die Decke: Über 100 Seebrücke-Lokalgruppen von Hamburg bis Altdorf in Bayern entwickelten immer neue kreativen Ideen und Zehntausende schlossen sich unseren Forderungen und Aktionstagen an. Für die Kampagne bildete sich ein breites Aktionsbündnis aus Akteur:innen der Klimagerechtigkeitsbewegung, aus Seenotrettungsorganisationen, einem #LeaveNoOneBehind-Kampagnenteam um den grünen EU-Abgeordneten Erik Marquardt, Flüchtlingsräten, NGOs und dem europaweiten Bündnis Europe Must Act. So gab es am letzten Seebrücke-Aktionstag am 23. Mai Aktionen in über 60 Städten in neun Ländern!

Neu entwickelte Online-Protestformen bieten auch Vorteile: Auf der ersten Seebrücke-Online-Demo konnten vor 10.000 Teilnehmenden viele geflüchtete Menschen und Aktivist:innen live aus Griechenland und vom Balkan zu Wort kommen. Online-Protest ist leicht zugänglich, stellt Kollektivität her und schafft Öffentlichkeit. Über ein neu entwickeltes Online-Tool schreiben tausende Menschen ihre Bundes- und Landtagsabgeordnete direkt an und appellieren an deren persönliche Verantwortung. Dennoch fehlen uns Protestformen, die andere Menschen erreichen: Flashmobs, Diskussionsrunden und die großen Demos mit tausenden Menschen auf der Straße.

Gerade in Zeiten, in denen wegen Corona so viel von Solidarität gesprochen wird, ist es wichtiger denn je, diesen Diskurs mitzubestimmen: Solidarität darf nicht bei der eigenen Nachbarschaft enden. Solidarität muss den Menschen gelten, die die Krise am härtesten trifft – sowohl in Deutschland als auch weltweit.

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:** Gabriele Bischoff, Milena Peitzmann **Verantwortlich:** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231/ 957 540, Fax 04231/ 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE56 4306 0967 0046 3144 00 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

„Es gibt eine lange Geschichte der Umweltzerstörung“

Unsere neue Stiftungsrätin Imeh Ituen erklärt im Interview, was der Klimawandel mit Kolonialismus zu tun hat und warum soziale Bewegungen diverser werden sollten



Imeh Ituen (links) ist seit März Mitglied im Stiftungsrat und arbeitet dort mit Simon Teune, Daniel Mittler, Stefan Diefenbach-Trommer und Ulrike Bock zusammen (v.l.). Foto: B-Stiftung

Imeh, du bist Aktivistin, Sozialwissenschaftlerin und Teil des Black Earth BiPoC Environmental and Climate Justice Kollektivs. Was macht ihr?

Imeh Ituen: „Wir sind ein Klima- und Umweltgerechtigkeitskollektiv von schwarzen und indigenen Menschen und Menschen of Colour. Wir geben Workshops, nehmen an Diskussionsveranstaltungen teil, haben Baumpflanz-Aktionen organisiert und machen viel Community-Organizing.“

Wie geht das in Corona-Zeiten?

„Gerade treffen wir uns sehr viel online. Das hat den Vorteil, dass auch Mitglieder des Kollektivs, die nicht in Berlin wohnen, teilnehmen können. Einige von uns entwickeln auch Online-Angebote wie Workshops und Webinare. Die Resonanz darauf war bisher sehr gut.“

Du arbeitest zu Kolonialismus und Klimawandel. Was haben die Themen miteinander zu tun?

„Aus unserer Sicht ist die Klimakrise kein ahistorisches Phänomen und lässt sich nicht nur mit dem Rückblick auf die letzten Jahrzehnte erklären. Vor knapp 600 Jahren wurden die ersten afrikanischen Menschen auf Plantagen auf der Insel Madeira versklavt und kurz danach begann auch die koloniale Expansion in Südamerika. Das sind zwei Startpunkte der

Klimakrise, weil diese Prozesse über Kontinente hinweg erstmals für großmaßstäbliche Treibhausgas-Emissionen gesorgt haben. Es wurden Wälder gerodet, um Platz zu machen für Plantagen und Abbau von Rohstoffen. Das wäre ohne Ausbeutung und Versklavung von Menschen nicht möglich gewesen. Es gibt eine sehr lange Geschichte der Umweltzerstörung. Wenn wir klimagerecht handeln wollen, müssen wir diese Geschichte mitdenken.“

Die Kämpfe im globalen Süden spielten in der Berichterstattung über die Klimaproteste kaum eine Rolle. Insgesamt wirkt die Klimabewegung sehr „weiß“. Wie lässt sich das ändern?

„Ich glaube, es ist an den großen Klimabewegungen, unter anderem Fridays for Future, Platz zu machen und die mediale Aufmerksamkeit zu teilen mit Menschen aus dem globalen Süden. Denn es sind vor allem diese Menschen, deren Existenz bedroht ist und die unter Einsatz ihres Lebens für Umweltschutz kämpfen.“

Gerade dreht sich alles um die Corona-Pandemie. Konzerne fordern, Klimaschutz jetzt nach hinten zu stellen und die Wirtschaft zu retten – mit allen Mitteln. Wie kann die Klimabewegung dagegenhalten?

„Indem sie darauf aufmerksam macht, dass

die Klimakrise durch genau dieses Denken produziert wurde: dass die Wirtschaft über der Natur steht. Außerdem wäre es wichtig, deutlich zu machen, dass gerade Länder im globalen Süden stärker von der Corona-Krise betroffen sind. Auch die Klimabewegung sollte dabei Themen wie Schuldenerlass und Kompensationen aufgreifen.“

Du bist seit Mitte März Mitglied in unserem Stiftungsrat. Was reizt dich an dem Ehrenamt?

„Ich bin selbst schon lange in sozialen Bewegungen unterwegs und weiß wie wichtig finanzielle Mittel und Beratung sein können, um gute Ideen umzusetzen. Deswegen finde es spannend, von dieser Seite aus Bewegungen zu unterstützen.“

Seit deinem Einstieg sind wegen Corona alle unsere Live-Treffen ausgefallen. Hast du trotzdem schon einen Eindruck von der Stiftung gewonnen, gerade in Sachen Diversität? Wie divers ist die Bewegungstiftung?

„Ich war 2019 auf der Strategiekonferenz in Berlin und beeindruckt von der Vielfältigkeit der Projekte dort. Ich halte es generell für sehr wichtig, sich anzuschauen, welche Hindernisse den Zugang zur Stiftungsgemeinschaft für bestimmte Gruppen von Menschen erschweren. Ich denke, es wäre illusorisch, davon auszugehen, dass sich nicht auch in der Stiftung gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduzieren.“

In welche Richtung sollte sich die Bewegungstiftung in Sachen Diversität weiterentwickeln?

„Ich denke, dass Organisationen Barrieren aus dem Weg räumen sollten, damit sich alle gleichermaßen beteiligen können. Das ist natürlich eine große Herausforderung, weil diese Machtstrukturen unsere Gesellschaft durchdringen. Aber schon das Bewusstmachen und Reflektieren schafft einen Ort, an dem Menschen mit den Herausforderungen umgehen können. Das ist die Aufgabe, die allen Beteiligten zukommt.“

Das ganze Interview zum Anhören gibt's in unserem Podcast unter t1p.de/bs-podcast

Unsere neuen Förderprojekte



Die Gruppe „SudanUprising Germany“, will erreichen, dass Deutschland und die EU ihre Unterstützung für verbrecherische Milizen im Sudan beenden. Foto: Abd alraheem Saad

Regierung geworden, obwohl sie für Völkermord und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Die RSF ist im Sudan für die Grenzkontrolle zuständig und finanziert sich aus Geldern, die die EU dem Sudan bezahlt, um Migrant*innen auf dem Weg nach Europa zu stoppen. Mit Aufklärung, Protest und Lobbyarbeit wollen die Aktiven erreichen, dass Deutschland und die EU ihre Komplizenschaft mit den Janjaweed-Milizen aufgeben.

Förderung: 10.000 Euro

Einmischungstopf

Über den Einmischungstopf haben wir 2020 bisher **sechs Projekte mit insgesamt rund 3.500 Euro unterstützt**.

Gefördert wurde eine **kritische Kunstaktion** zur Gedenkkultur in Dresden, eine **Demonstration gegen ein Amazon-Großbüro** in Berlin-Friedrichshain und **Aktionen zum Frauenstreiktag** in Frankfurt. Weitere Summen flossen an **Robin Wood** für eine Protestaktion gegen Wald-Kahlschläge in Rumänien und an das Bündnis **Decolonize Corona Solidarity**, das Solidarität mit Geflüchtete, Migrant*innen und Menschen mit geringen Einkommen einfordert, die besonders von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind. Unterstützt wurde auch eine Protestaktion des Vereins **Watch Indonesia** gegen Umweltzerstörungen in Indonesien, für die die Firma Heidelberg Cement verantwortlich ist.

Kampagnenförderung

Beton kann man nicht essen

Die Kampagne will den Bau eines der größten Logistikgebiete Deutschlands auf fruchtbarem Ackerboden im nordhessischen Neu-Eichenberg verhindern. Dazu wollen die Aktiven eine tragfähige Alternative zu den geplanten riesigen Lagerhallen erarbeiten und mit bunten Protestaktionen erreichen, dass die Gemeindevertretung die Pläne für das Logistikgebiet ganz aufgibt. Derzeit sind die Planungen ausgesetzt, um Alternativen zu prüfen. Überregionales Ziel der Kampagne ist, die fortschreitende Flächenversiegelung in Hessen deutlich zu reduzieren. Die Bewegungsstiftung hat die Initiative bereits 2018 mit 11.100 Euro unterstützt und fördert nun die Folgekampagne, um das Logistikgebiet endgültig zu stoppen.

Förderung: 15.000 Euro

beton-kann-man-nicht-essen.de

Wir brauchen alle Krankenhäuser – Schließungen stoppen!

Der Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand“ (GiB) will mit der Kampagne verhindern, dass bundesweit zahlreiche Krankenhäuser geschlossen werden, wie es die Bertelsmann-Stiftung in einer Studie empfiehlt. In NRW wurde bereits ein entsprechendes Pilotprojekt gestartet, danach sollen weitere Länder folgen. Die Folge einer Zentralisierung auf wenige große Kliniken wäre eine Ausdü-

nung der Versorgung sowie längere Anfahrtswege und ein höheres Sterberisiko für Akut-Patient*innen. GiB will mit einer Aufklärungskampagne dagegen halten und mit Studien, Petitionen und Protestaktionen Druck machen für eine flächendeckende und gut ausfinanzierte Krankenhauslandschaft.

Förderung: 14.610 Euro

gemeingut.org/krankenhausschließungen

„19! – Gegen das Vergessen“

Am 19. Februar 2020 hat ein Attentäter in Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven ermordet und weitere zum Teil schwer verletzt. In den Tagen darauf gründete sich die Initiative „19. Februar Hanau“, die Betroffene und ihre Angehörigen unterstützt und für politische Konsequenzen streitet. Mit der Kampagne „19! – Gegen das Vergessen“ will die Initiative an jedem 19. eines Monats mit Gedenkaktionen an die Opfer erinnern, auf lückenlose Aufklärung drängen und die gesellschaftlichen Hintergründe des Terroranschlags thematisieren.

Förderung: 11.000 Euro

19feb-hanau.org

#EndJanjaweed

Die Aktivist*innen-Gruppe „SudanUprising Germany“ will mit der Kampagne erreichen, dass Deutschland und die EU ihre Unterstützung der Janjaweed-Miliz RSF im Sudan beenden. Die RSF-Truppen sind nach der friedlichen Revolution 2019 im Sudan Teil der

Strategieberatung

In den letzten Monaten haben wir **vier Förderungen für Strategieberatungen bewilligt**.

Die Gruppe **Klimagerechtigkeit Kassel** will sich nach einem starken Wachstum strategisch neu ausrichten, um mit den Herausforderungen einer stark gewachsenen Gruppe umzugehen. Die Initiative **„Keine Abschiebungen aus dem Barnim“** ist auf der Suche nach Strategien, um den wirksamsten Druck auf Entscheidungsträger*innen aufzubauen und gleichberechtigt zu agieren. Die Gruppe **„Neuerborn als unzerstörten Naturraum erhalten“** sucht nach Strategien, um ein großes Neubaugebiet in einer ökologisch wertvollen Lage zu verhindern. Die Initiative **#Mygration** setzt sich für die Rechte von Migrant*innen ein und will Ziele und Schritte entwickeln, um effektiv arbeiten zu können.

Auf der Suche nach Austausch zum Thema Erben

Stifter*innen vorgestellt: Lino Kolb berichtet von seinen Eindrücken vom ersten Online-Beirat der Stifter*innen, warum er sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzt und in welcher Form die Corona-Krise sein Leben beeinflusst



"Ich war ich überrascht, wie gut 30 Menschen per Videokonferenz Förderanträge diskutieren können". Lino Kolb (28) hat im Mai am Online-Stifter*innen-Beirat teilgenommen. Foto: Privat

Ich bin erst seit ein paar Monaten Stifter. Von der Bewegungstiftung habe ich über eine Freundin erfahren. Sie hat ein Radio-Interview mit einer Stifterin über das Thema soziale Ungleichheit und Vermögenssteuern geführt. Zu der Zeit habe ich nach Austauschmöglichkeiten gesucht über das Thema Erben und Verantwortung, da bin ich hängengeblieben.

In der linken Erzählung sind die Reichen ja immer die anderen.

Das Thema Erbe betrifft mich noch nicht. Aber ich werde vermutlich irgendwann mehr Geld erben, als ich zum Leben brauche. Seit zwei, drei Jahren stelle ich mir die Frage: Wie gehe ich mit diesem Vermögen und der Verantwortung um? Ich fühle da eine gewisse Zerrissenheit. Ich bewege mich in jungen linken Kreisen, in denen ich mich zu dem Thema nicht gut austauschen kann. In der linken Erzählung sind die Reichen ja immer die anderen. Denn mit Geld geht finanzielle und politische Macht einher. Das wird sehr kritisch gesehen. Reich – das sind nicht wir als junge Linke. Ich habe die

Hoffnung, dass die Bewegungstiftung ein Ort für mich wird, wo ich Antworten finden kann.

Ich sehe mich selbst als vernetzt in sozialen Bewegungen. Ich bin kein Sprecher einer Bewegung, aber Teil der Berliner Land-Ernährungs-szene. Ich engagiere mich für die solidarische Landwirtschaft, gehe zu Treffen, bin auf Demos dabei gewesen. Was mich bewegt, ist die sozial-ökologische Wende: Wie können wir ein gutes, auskömmliches Leben für alle erreichen und die fortschreitende Umweltzerstörung stoppen? Die zukunftsfähige Landwirtschaft ist dabei nur ein Baustein von vielen. Mit dem Thema beschäftige ich mich auch in meinem Studium. Ich studiere Öko-Agrarmanagement in Eberswalde bei Berlin und arbeite parallel im kaufmännischen Management im Unternehmen meines Vaters.

Das ist so eine zweite Zerrissenheit, die ich fühle. Ich wohne in Berlin, möchte aber gerne aufs Land ziehen. Ich habe zwei Jahre in der Landwirtschaft gearbeitet. Das war eine wunderbare Zeit. Gleichzeitig sind mein soziales Umfeld und meine Freunde in Berlin und ich

suche noch nach Möglichkeiten, diese zwei Bereiche miteinander zu verknüpfen.

Mein Wunsch nach Austausch in der Bewegungstiftung hat sich durch die Corona-Krise leider noch nicht erfüllt. Die Strategiewerkstatt im März ist ja ausgefallen. An dem Online-Beirat der Stifter*innen im Mai habe ich teilgenommen. Da war ich überrascht, wie gut 30 Menschen per Videokonferenz Förderanträge diskutieren können. Das ist für mich ein Zeichen, dass die Stiftung sozialen Wandel nicht nur fördert, sondern auch lebt – durch die Art der Moderation und die Rücksichtnahme in der Diskussion. Auch die Bandbreite der Förderanträge war toll. Schade war, dass ich nicht so in den zwischenmenschlichen Austausch reingehen konnte und den Moment verpasst habe, mich selbst vorzustellen. So nach dem Motto: Hier ist die Stimme zu dem Gesicht, das ihr noch gar nicht kennt. Der persönliche Austausch ist bei Live-Treffen sicherlich einfacher.

Ist es solidarisch, sich ins Private zurückzuziehen?

Spannend fand ich beim Beirat die Diskussion über die Corona-Krise. Da gingen die Positionen sehr auseinander, von Leuten, die gesundheitlich selbst betroffen sind und die aktuellen Maßnahmen gutheißen, bis zu denjenigen, die den Eingriff in Freiheitsrechte sehr kritisch sehen. Ich habe gemerkt: Beim Thema Corona funktioniert mein politischer Kompass nicht so gut. Wie verhalte ich mich jetzt? Was habe ich für politische Forderungen? Ist es solidarisch, sich ins Private zurückzuziehen, während andere gar nicht die Chance dazu haben? Ich glaube, das Phänomen Pandemie ist einfach kein klassisch linkes Thema. Dafür passen jetzt andere Themen, wie die Privatisierung des Gesundheitssystems und die sozialen Auswirkungen der Krise. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Ungleichheit und weil die Corona-Krise vor allem die Armen trifft, fände ich es auch richtig, wenn Vermögende stärker besteuert würden. Der Meinung war ich aber schon vor der Krise. Dafür hätte

es nicht Corona gebraucht. //

Protokoll: Wiebke Johanning

„Die Menschlichkeit bleibt auf der Strecke“

Interview mit Anna Begemann* von der Hamburger Krankenhausbewegung über den Personalnotstand an den Kliniken und wie Beschäftigte dagegen protestieren



Das ist nicht Anna Begemann, aber eine Mitstreiterin mit wichtiger Botschaft.

Foto: HKB

Anna, du streitest als Teil der Hamburger Krankenhausbewegung für bessere Bedingungen für Beschäftigte und Patient*innen. Was läuft falsch im Krankenhaus?

Anna Begemann: „Wir erleben seit Jahren eine große Personalnot. Krankenhäuser werden wie Konzerne geführt. Kliniken wollen in erster Linie schwarze Zahlen schreiben und durch das Fallpauschalensystem sind die Beschäftigten vor allem ein Kostenfaktor, den sie klein halten wollen. Das betrifft alle Berufsgruppen.“

Was bedeutet das für deinen Arbeitsalltag?

„Ich bin Krankenschwester und arbeite seit zehn Jahren auf einer Hamburger Intensivstation. Personalmangel bedeutet für mich, dass ich kaum Zeit für die Patient*innen habe, sondern vor allem zwischen Gerätschaften hin- und herspringe um das Schlimmste zu verhindern. Die Patient*innen verdienen eine hohe Qualität in der Pflege und Versorgung, die ich unbedingt gewährleisten möchte. Das kann ich aber unter den jetzigen Bedingungen nicht. Personalmangel bedeutet, dass ich Sterbende allein lassen muss und keine Zeit habe, auf die Angehörigen einzugehen. Das ist das Schlimmste daran: Die Menschlichkeit bleibt auf der Strecke.“

Mit welcher Strategie wollt ihr für mehr Personal streiten?

„Wir wollen mit vielen Beschäftigten aller Berufsgruppen aus Krankenhäusern das Thema in die Öffentlichkeit tragen und Druck auf die Politik machen, damit sie gesetzliche Vorgaben zum Personalschlüssel macht. Dabei nutzen wir einen Organizing-Ansatz. Das heißt: Wir sprechen auf den Stationen miteinander darüber, was sich ändern muss und wie wir das erreichen können. Dabei gehen wir sehr strukturiert vor und versuchen, auf allen Stationen Kolleg*innen zu finden, die ihr Team überzeugen, mitzumachen und sich gemeinsam für Veränderungen einzusetzen. So werden wir immer stärker und durchsetzungsfähiger.“

Was habt ihr bisher erreicht?

„Wir haben in Versammlungen Forderungen erarbeitet und sind an die Öffentlichkeit gegangen. 4.600 Krankenhausbeschäftigte haben eine Petition an die Hamburger Bürgerschaft unterschrieben. Dann haben wir die Regierungsparteien zu einer Anhörung aufgefordert, um dort unsere Forderungen zu stellen. Die Grünen haben danach zugesagt, diese in die Koalitionsverhandlungen mit der SPD mitzunehmen. Das wäre ohne unseren Druck nicht passiert. Der wichtigste Erfolg ist, dass viele erkannt haben: Wir müssen die Zustände nicht aushalten, wir können etwas daran ändern.“

Was hat sich durch die Corona-Pandemie in den Krankenhäusern geändert?

„Die Corona-Krise trifft auf eine Personalsituation, die schon zuvor katastrophal war. Es wurde jetzt Personal auf die Intensivstationen verschoben, wodurch die Not in anderen Bereichen noch extremer geworden ist. Hinzu kommt, dass das verschobene Personal teils nicht für die Arbeit auf der Intensivstation ausgebildet ist. Crashkurse helfen da nur bedingt. Auch wird der Umgang noch rauer: Weil die Öffentlichkeit jetzt so genau auf die Krankenhäuser schaut, reagieren die Arbeitgeber sehr empfindlich auf Kritik der Beschäftigten.“

Ist das der Grund, warum du dieses Interview mit Pseudonym gibst?

„Ja. Es gibt bundesweit viele Fälle, in denen versucht wurde, kritischen Beschäftigten einen Maulkorb zu verpassen. Das reicht von einschüchternden Personalgesprächen bis zu angebotenen Kündigungen, Abmahnungen und Versetzungen. Auch in Hamburg wurde so Druck auf Krankenhausbeschäftigte ausgeübt.“

Wie hat sich durch Corona eure politische Arbeit verändert?

„Statt persönlicher Treffen machen wir jetzt Videokonferenzen und telefonieren viel. Und wir nutzen die Aufmerksamkeit, die es gerade für das Gesundheitswesen gibt und halten den Druck aufrecht – mit einer neuen Petition, offenen Briefen und Videobotschaften.“

Die Bewegungstiftung unterstützt eure Arbeit mit 15.000 Euro. Was bedeutet die Förderung für euch?

„Eine Riesenerleichterung. Wir arbeiten alle im Schichtdienst und es steht keine finanzstarke Dachorganisation hinter uns. Durch die Förderung gibt es nun eine bezahlte Person, die sich um alles Administrative und vor allem um die Auswertung des Organizing kümmert. Das ist sehr viel Arbeit. Gleichzeitig mussten Demos, Druckerzeugnisse und Räumlichkeiten für Anhörungen und Pressekonferenzen finanziert werden. Die Förderung war wahnsinnig wichtig.“

*Name geändert